

Netzentwicklungsplan Strom

Postfach 10 07 48

10567 Berlin



Leinburg, 25.02.2021

per E-Mail an [konsultation@netzentwicklungsplan.de](mailto:konsultation@netzentwicklungsplan.de)

Konsultation Netzentwicklungsplan Strom 2035, Version 2021, 1. Entwurf

Sehr geehrte Damen und Herren,

macht es Sinn, an dieser Konsultation teilzunehmen? Die Grafik „ZAHLEN ZUM NEP“ mit den stark degressiven Teilnehmerangaben seit 2014 auf ihrer Website spricht für sich. Seit Anfang 2014 nehmen wir regelmäßig bei allen Konsultationen zu den SRs, den NEPs usw. Stellung. In keinem Fall konnten wir irgendeine Reaktion in den vergangenen sieben Jahren, weder von den ÜNBs, noch von der BNetzA, feststellen. Kein Wunder ist es, aber erkennbare Absicht, dass die Zahl der Teilnehmer bei der Konsultation immer weiter abnimmt. Auch das Online-Angebot, diesen NEP am 12. Februar vorzustellen, war mit dem Abbruch der Veranstaltung nur noch peinlich. Bei Folgeterminen gab es keine Änderungsmöglichkeit und es war dann auch nicht möglich, nachträglich das Mikro zuzuschalten. Das alles hat mit dem Begriff „Dialog“ nichts mehr zu tun und der ist auch nicht gewünscht, wie das PlanSiG zeigt.

Sowohl das Verfahren wie auch der Inhalt des neuen NEP-Entwurfs sind nicht akzeptabel und müssen von uns wieder einmal, wie schon der zuvor konsultierte Szenariorahmen, abgelehnt werden. Die Gründe sind vielfältig:

- **Übertragungsnetzausbau ohne Ende**

Ein Fachmann des BUND stellt dazu fest: „Jetzt fliegen gleich die Löcher aus dem Käse. Neuer Netzplan noch größer, noch teurer, noch mehr Nord-Süd, noch mehr Transit Offshore nach CH, A, I, F usw.“ Wer soll das noch verstehen? Ein riesiges Startnetz und 27 neue Projekte. Man gewinnt den Eindruck, dass ganz Deutschland mit dem Übertragungsnetz überzogen werden soll und vermutlich soll die Energie im Kreis geführt werden. Dieses Netz wird nicht gebraucht.

- **Bedarfsnachweis fehlt nach wie vor**

Wie schon bisher, kann auch bei diesem NEP die Bedarfsermittlung nicht nachvollzogen werden. Die Szenariorahmen geben das nicht her. Bekanntermaßen führen schon kleine Änderungen bei den Ausgangsparametern zu gravierend anderen Ergebnissen. Das haben schon die bekannten Stakeholder-Analysen beim Ökoinstitut gezeigt. Es muss auch kein Windstrom vom Norden in den Süden geleitet werden. Wer versorgt den Süden sicher bei Flaute nach dem Fortfall der AKWs? Es gibt gute Lösungen, aber die beinhalten kein Monsternetz. Je nach Großwetterlage kann dann auch Skandinavien nicht liefern. Gebraucht werden Speicher vor Ort, um überschüssig erzeugte Energie aufzunehmen. Das wäre sinnvolles Einspeisemanagement.

- **Oligopole statt Bürgerenergiewende**

Es kann nicht sein, dass ein einzelnes Unternehmen für die Bedarfsermittlung, das komplette Planungsverfahren, den Bau und auch den Betrieb einer für Deutschland so wichtigen Infrastruktur zuständig sein darf. Alles aus einer Hand in einem oligopolistischen Umfeld ohne jede Konkurrenz, aber mit lukrativen garantierten Renditen verführt doch gerade dazu, immer weitere Netze zu bauen. Dass die Bundesnetzagentur ihrer Kontrollpflicht nachkommt, ist nicht zu erkennen. Aber wir erkennen bei dieser Planung einen Selbstbedienungsladen der ÜNBs.

- **Planungsansatz unvollständig**

Wer nur kurze Strecken vorausblickt, verliert das eigentliche Ziel aus den Augen. Das eigentliche Ziel lautet **Energiewende 100 % über alle Sektoren**. Danach müssten sich auch die Zwischenziele ausrichten, aber sie bleiben bisher immer bei 10 bis 15 Jahren Vorausschau stecken. Es gibt genügend Fachkompetenz in Deutschland, die das Jahr 2050 für die Erreichung einer 100 % Energiewende errechnet hat. Diese Energiewende ist dezentral und folgt dem zellularen Ansatz. Das hat nichts mit Autarkie zu tun, denn ein Ausgleich zwischen den Regionen / Zellen wird immer notwendig sein. Dafür ist, wie man leicht nachrechnen kann, das aktuell bestehende Übertragungsnetz ausreichend dimensioniert. Es braucht weder HDÜ Hochrüstungen, noch HGÜ Trassen als Superautobahnen.

- **Unzureichende Kosten-Nutzen-Analysen**

Die Prüfung durch eine renommierte deutsche Anwaltskanzlei hat ergeben, dass es für die Stromnetzplanung Südostlink offenbar nie eine Kosten-Nutzen-Analyse gegeben hat. Somit würde das Projekt laut Anwälten gegen geltendes EU-Recht verstoßen. Das setzt sich im gesamten NEP fort. Ein paar dünne Angaben pro Kilometer und eine pauschale Größenordnung für alle Maßnahmen, mehr ist im NEP nicht zu finden. Die Bürger und normale Unternehmen dürfen alles bezahlen, große Teile der Industrie werden verschont. Da sollte man doch eine vernünftige Kalkulation erwarten können.

Für jedes einzelne Projekt und nicht nur für ein paar wenige Interkonnektoren muss es eine detaillierte Kosten-Nutzen-Rechnung geben, die dem jeweiligen Planungsstand folgt.

- **Kosten ufern aus**

Verfolgt man die Kostenangaben seit dem ersten NEP (2012), sieht man das übliche Schema bei Großprojekten in Deutschland. Ist ein Verfahren erst einmal etabliert, explodieren die Kosten. Werden überhaupt Werte genannt, findet man nur den Investitionsaufwand, während die Finanzierungskosten nicht erwähnt werden. Die nachstehende Berechnung basiert noch auf dem letzten, bereits genehmigten NEP.

	ol /
<b>Kapitalkostenberechnung Netzausbau in €</b>	2.2021
Stand genehmigter NEP 2030 (2019) *	
<b>Investitionskosten bis 2035 *</b>	<b>95.000.000.000</b>
davon 40 % Eigenkapital	38.000.000.000
Rechenwert (Halbwert)	19.000.000.000
Eigenkapital-Rendite 6,91 % / J.	1.312.900.000
40 Jahre Aufwand EK-Rendite	52.516.000.000
davon 60 % Fremdkapital	57.000.000.000
Rechenwert (Halbwert)	28.500.000.000
Fremdkapital-Zins 3 % / Jahr	855.000.000
40 Jahre Aufwand FK-Zins	34.200.000.000
<b>Kapitalkosten gesamt</b>	<b>86.716.000.000</b>
Investition + Kapitalkosten	181.716.000.000
jährlicher Aufwand für 40 Jahre	<u><u>4.542.900.000</u></u>

\* lt. Buch "Überdimensionierter Netzausbau behindert die Energiewende" Seite 28 von Prof. L. Jarass und W. Baumann - ISBN 9783750471771

Es ist nicht prüfbar, ob der gut 10jährige Planungsaufwand, sowie die Wartung über 40 Jahre und die Rückbaukosten danach noch zu dieser Berechnung dazu kommen.

In einer Stellungnahme sagt TenneT, dass sich die Investitionen zeitlich verteilen. Das bedeutet aber nicht, dass dieser Aufwand insgesamt doch entsteht und damit wird der Darstellung auch nicht widersprochen.

Wie bei Projekten dieser Größenordnung kann sich der Investitionsaufwand noch verdoppeln. Für dieses Geld lassen sich viele EE-Anlagen und Speicher realisieren. Damit lässt sich dann auch Geld verdienen, ohne die Verbraucher mit Netzentgelten zu überfordern. Bei Verzicht auf diesen Netzausbau steht den errechneten Kosten von 4,5 Mrd. € pro Jahr ein jährlicher Aufwand von ca. 1,5

Mrd. € mit sinkender Tendenz für Redispatch und Einspeisemanagement gegenüber. Was macht mehr Sinn?

- **Energiemarktdesign aus der Stein-Kohlezeit**

Das heutige Energiemarktdesign stammt aus der Zeit, als große Kraftwerke an zentralen Stellen im Wettbewerb unter einander standen (Energy Only Market, Merit Order). Stromhandel und energieintensive Industrie können sich beim billigsten Anbieter versorgen, ohne sich wesentlich an den Transportkosten zu beteiligen. Das kann bei vielen dezentralen Erzeugungsstellen nicht mehr funktionieren. Der bürokratische Aufwand wäre immens, zumal es sich überwiegend auf der Verteilnetzebene abspielen wird. Ein sinnvolles Konzept für diesen neuen Energiemarkt steht noch aus, der neue NEP müsste dann auch neu ausgerichtet werden.

- **Europaweiter Stromhandel mit EE über eine Kupferplatte ist nicht das primäre Ziel. Dieses lautet Energiewende 100 % über alle Sektoren mit regionaler Erzeugung und Speicherung.**

In der Nacht vom 17.02.2021 hat Deutschland mal wieder halb Europa mit klimaschädlichem und schmutzigem Kohlestrom versorgt! Die realen Messdaten zeigen beispielhaft die fossile Kraftwerksüberkapazität.

Zwischen 2 Uhr und 3 Uhr:

Stromerzeugung: 64.165 MWh  
Stromverbrauch: 50.543 MWh

Das sind 13.622 MWh zu viel, die als Nettoexporte exportiert wurden nach:

-Dänemark	2.207 MWh
-Frankreich	388 MWh
-Luxemburg	367 MWh
-Niederlande minus	-105 MWh
-Österreich	4.748 MWh
-Polen	349 MWh
-Schweden	276 MWh
-Schweiz	799 MWh
-Tschechien	1.532 MWh
-Saldo	10.561 MWh

Mittwoch, 17. Februar 2021 03:00

**Realisierte Erzeugung**

- : Sonstige Konventionelle: 1.313 MWh
- : Pumpspeicher: 117 MWh
- : Erdgas: 5.453 MWh
- : Steinkohle: 2.967 MWh
- : Braunkohle: 7.858 MWh
- : Kernenergie: 7.969 MWh
- : Sonstige Erneuerbare: 193 MWh
- : Photovoltaik: 0 MWh
- : Wind Onshore: 26.779 MWh
- : Wind Offshore: 5.321 MWh
- : Wasserkraft: 1.702 MWh
- : Biomasse: 4.493 MWh
- Gesamt: 64.165 MWh**

**Realisierter Stromverbrauch**

- : Gesamt: 50.543 MWh

Diese Übersicht reflektiert eine Stunde eines Jahres. 16 Prozent unserer Erzeugung gingen ins Ausland. Von diesen Stunden gibt es jedoch zahlreiche

weitere, denn wir waren in den letzten Jahren immer Stromexportweltmeister. Gut 13 Prozent der in Deutschland erzeugten Energie wurde im Durchschnitt an die Nachbarländer weitergegeben. Das zeigt aber auch, die Transferkapazitäten sind heute schon ausreichend. Das gilt auch für 2035 und folgende Jahre, selbst wenn dann der Import überwiegen sollte. Auch unsere Nachbarn werden die Erneuerbaren ausbauen. Der Bedarf liegt dann lediglich beim temporären Engpassmanagement. Ein Energietransport von der Ukraine nach Portugal, oder von Schweden nach Italien macht schon allein wegen der Übertragungsverluste auf diesen langen Strecken wenig Sinn und ist auch kein gutes Geschäftsmodell.

- **Kern- und Kohleenergie aus den Nachbarländern wird der Weg bereitet.**

Bereits im Vorwort auf Seite 10 heißt es: "Konkret spiegelt die Szenarien Ausprägung für 2035 ein Energiesystem ohne Kernenergie, weitgehend ohne Kohlestrom, mit einem fortgeschrittenen Ausbaustand erneuerbarer Energien zu Land und auf See sowie einer immer flexibler reagierenden Stromnachfrage wider." Der Verzicht auf Kern- und Kohleenergie wird mehrheitlich von der deutschen Bevölkerung gewünscht. Wir brauchen keinen Ü-Netzausbau der dann doch wieder den fossil-atomarer Stromaustausch bringt. Bei Betrachtung der Erzeugung in unseren Nachbarländern, z. B. ist auf Seite 82 zu lesen, dass in Frankreich und Polen im Jahr 2035 der Anteil der konventionellen Stromerzeugung noch über die Hälfte ausmacht. Die Handelsaustausch-Energiemengen in den Szenarien des NEP zeigen: Es finden in allen Szenarien hohe Importe aus Frankreich statt. (S. 84)

- **Ausweitung Offshore muss gebremst werden**

Dass die alten Energiekonzerne gerne Windparks auf See bauen wollen, ist verständlich und kann zum Teil auch akzeptiert werden. Großprojekte sind ihre Welt. Allerdings sind die Gestehungskosten pro Kilowattstunde die höchsten bei der Erzeugung von Erneuerbaren. Dieser Strom soll dann über nochmal extrem teuren HGÜ-Trassen abtransportiert werden. Weil die Netze fehlten, war der Ausbau bisher auf 15 GW gedeckelt. Mit den pseudodemokratisch verabschiedeten neuen Gesetzen NABeG und auch PlanSiG stehen jetzt die Türen für eine Ausweitung der Kapazitäten auf 40 GW weit offen. Wir verlangen einen großen Teil der dafür vorgesehenen Investitionen in den Onshore-Ausbau und den Vorortausbau von Speichern umzuleiten.

- **Erdverkabelung führt zu gravierenden Schäden für Umwelt und Wirtschaft**

Die vorgesehene Erdverkabelung für HGÜ-Leitungen führt in dieser Größenordnung über hunderte von Kilometern zu massiven Umweltschäden mit bleibenden Schneisen in der Landschaft. Die von Amprion in Auftrag gegebene Studie beim Institut für Bodenkunde und Waldernährungslehre (Uni Freiburg) zum Thema „Betrieb von Hochspannungserdkabelanlagen“ weist eine Erhöhung der Oberflächentemperatur von bis zu fünf Grad nach. Mit gravierenden Ernteaussfällen, aber auch mit immensen Wertverlusten bei den Bodenflächen,

muss gerechnet werden. Direkt am eingegrabenen Kabel entstehen Temperaturen von über 50 Grad Celsius, wobei das gesamte Bodenleben getötet wird. Die Erdverkabelung ist eine plumpe Beruhigungspille für die Anrainer.

- **Warum unvollständige Angaben konsultieren?**

Auf Seite 18 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dieser Entwurf unvollständig ist. Das ist ein unredliches Verfahren. Auf Seite 55 heißt es dazu auch „Umweltauswirkungen können daher erst in den nachgelagerten Planungsverfahren geprüft werden.“ Im letzten NEP 2030 (2019) 2. Entwurf wird noch ausgesagt, dass bei rund 70 % der Maßnahmen hinsichtlich der ermittelten Konfliktrisiken und der erwarteten Maßnahmenlänge voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter in geringem bis sehr hohem Ausmaß erwarten lassen. Laut Bedarfsermittlung Seite 36 wird nur bei ca. 30 % von sehr geringem Ausmaß gesprochen.

Wir wollen und müssen die Möglichkeit haben, auch in dieser Stufe zu einem vollständigen Entwurf Stellung nehmen zu können. Diese Konsultation muss zwingend abgebrochen und darf erst nach Ergänzung der fehlenden Teile, insbesondere der Berechnungen neu angesetzt werden.

Diese Punkte zeigen deutlich, dass der vorgelegte Netzentwicklungsplan 2035 (2021) verworfen werden muss. Man kann auch sagen „Thema verfehlt“, denn das Thema lautet „Klimaschutz durch Energiewende“.

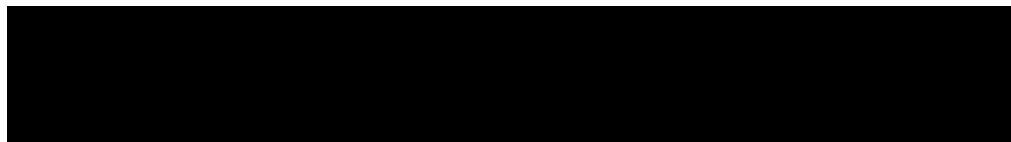
Diese vorläufige Stellungnahme ist zur Veröffentlichung im Rahmen der Konsultation NEP Strom 2035, Version 2021, 1. Entwurf freigegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Olaf L [REDACTED]

Bürgerinitiative Leinburg

Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau!



Hintergrund - WER WIR SIND:

Die BI Leinburg ist im Aktionsbündnis Trassengegner / Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse organisiert.

Das Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse besteht seit Anfang 2014 und wurde ursprünglich gegen den Bau des Südostlink gegründet, der aufgrund des starken Widerstands bereits um Jahre verzögert wurde. Inzwischen sind wir auch unter dem Namen "Aktionsbündnis Trassengegner" aktiv. Das Aktionsbündnis ist Teil eines Zusammenschlusses von mehr als 100 Bürgerinitiativen in ganz Deutschland, die gemeinsam Aktionen organisieren und fachlich zum Thema Netzausbau zusammenarbeiten. Unser Aktionskonsens ist: Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau!

Deshalb schließt der Kampf gegen die Süd-Ost-Trasse auch den Widerstand gegen andere HGÜ-Leitungen und gegen unnötige Wechselstrom-Trassen mit ein, die den Erhalt der fossilen Energie im Stromnetz fördern und im Widerspruch zum UN-Klimaabkommen von Paris stehen. Das Sankt-Florians-Prinzip lehnen wir ab. Eine sinnlose Trasse kann man zwar verschieben, man kann sie auch vergraben, aber sie bleibt trotzdem sinnlos!

"Eine Planung gegen die Totalablehnung in manchen Regionen war schlicht nicht erfolgsversprechend."

Bildmaterial/Links/Text  
wurden aus  
urheberrechtlichen Gründen  
unkenntlich gemacht.

Präsident der Bundesnetzagentur